

Schock für Steuersünder

Düsseldorfer Finanzministerium zahlte fünf Millionen Euro für neue Daten-CD.

Für fünf Millionen Euro hat das Land Nordrhein-Westfalen den bislang teuersten Datensatz einer Bank angekauft. Dabei soll es sich um die Banque et Caisse d'Epargne de l'Etat (BCEE) in Luxemburg handeln. Die BCEE wirbt auf ihrer Homepage damit, Partner für „besondere Projekte“ zu sein. Sie unterhält auch Filialen an der deutschen Grenze. Pikant ist, dass die 1856 gegründete Sparkasse dem luxemburgischen Staat gehört und mehrere Spitzenministeriale im Verwaltungsrat sitzen. Die Ermittlungen gegen Kunden und Mitarbeiter der Bank sind bereits angelaufen, in der nächsten Woche soll es Durchsuchungen geben. Geleitet wird die Aktion wieder einmal durch die erfahrene Wuppertaler Steuerfahndung, in Zusammenarbeit mit der Kölner Staatsanwaltschaft. In Ermittlerkreisen heißt es, dass die Höhe



Luxemburger BCEE-Bank

der Ausgabe durch die große Qualität der Unterlagen gerechtfertigt sei. Es soll um mehr als 50 000 Vorgänge und Hinweise auf Geschäftspraktiken gehen. Bank und Finanzbehörden wollten sich auf Anfrage nicht äußern. Der Datenträger ist die inzwischen neunte Steuer-CD, die von der Landesregierung seit 2010 angekauft wurde. Deren entschiedener Kampf gegen Steuerhinterziehung hat sich bezahlt gemacht: Mehr als zwei Milliarden Euro hat das Land zusätzlich eingenommen, durch Steuernachzahlungen, Geldauflagen und Verbandsstrafen, die gegen Banken verhängt wurden. Bundesweit werden die Mehreinnahmen auf vier bis fünf Milliarden Euro geschätzt. Seit 2010 haben sich etwa 120 000 Deutsche als Steuerhinterzieher angezeigt. bas

Flüchtlingspolitik Klage gegen Merkel

Wie hat Kanzlerin Angela Merkel am 4. September die Grenze für Flüchtlinge geöffnet? Auf welcher Rechtsgrundlage, mit welchen Informationen, nach Rücksprache mit welchen Behörden? Auf

Herausgabe dieser Informationen hat der Düsseldorfer Anwalt Clemens Antweiler das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt vor dem Verwaltungsgericht Berlin verklagt. Antweiler verlangt auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes die Herausgabe aller „amtli-

chen Informationen, auf deren Grundlage die Entscheidung ... zur Einreise von Flüchtlingen aus Ungarn“ getroffen wurde. „Diese Entscheidung mag menschlich verständlich sein“, sagt der Anwalt, „aber mein Eindruck ist, dass sich die Bundesregierung dabei über geltendes

Recht hinweggesetzt hat. Ich will in Erfahrung bringen, ob dies zutrifft.“ Doch vom Bundesinnenministerium und dem Auswärtigen Amt habe er auf Anfrage nur erfahren, es lägen „keine amtlichen Informationen“ vor, mit denen die Entscheidung vorbereitet worden sei. ama

Kittihawk



Grüne Jugend Palmer soll Partei verlassen

Die Vorsitzende der Grünen Jugend, Theresa Kalmer, fordert einen Parteiausschluss des Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer. Der Politiker hatte kürzlich vorgeschlagen, den Flüchtlingszustrom teilweise zu kontingentieren, und zudem eine „europäische Grenzschutztruppe“ gefordert. „Wer sich in dieser Art äußert, steht inhaltlich und rhetorisch an der Seite von CSU und Pegida. Solche Positionen stehen im Widerspruch zu grüner Politik“, sagt Kalmer. „Wenn er nicht freiwillig austritt, muss über ein Parteiordnungsverfahren nachgedacht werden.“ bs